



Olaf Wientzek ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Brüssel.

VOLKSPARTEIEN IN DER KRISE

DIE BELGISCHEN UND NIEDERLÄNDISCHEN CHRISTDEMOKRATEN

Olaf Wientzek

Die christdemokratischen Parteien in Belgien und den Niederlanden haben seit dem Zweiten Weltkrieg sowohl die Politik ihrer jeweiligen Länder als auch den europäischen Einigungsprozess entscheidend geprägt. In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben sie jedoch fundamentale Krisen durchstehen müssen. Bei den jüngsten Parlamentswahlen 2010 und 2012 sind sie an einem historischen Tiefpunkt angelangt. Ihre Entwicklung und ihre Wege zur Überwindung der Krise können – wenn auch nur in einem begrenzten Umfang – einen Hinweis für die künftigen Herausforderungen anderer christdemokratischer Parteien geben.

CHRISTDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEIEN IN BELGIEN UND DEN NIEDERLANDEN

Insgesamt gibt es in den Benelux-Ländern fünf christdemokratische Parteien: in Luxemburg die Chreschtlech Sozial Vollekspartei (CSV), in den Niederlanden den Christen-Democratisch Appel (CDA). In Belgien gibt es – in Folge der Trennung der politischer Kräfte entlang der sprachlichen Grenzen – drei Parteien mit christdemokratischen Wurzeln: den französischsprachigen Centre Démocrate Humaniste (CDH), die flämische Christen-Democratisch & Vlaams (CD&V) und die deutschsprachige Christlich-Soziale Partei. Diese Analyse konzentriert sich auf die beiden mit Abstand größten Parteien: CDA in den Niederlanden und CD&V in Belgien. Ähnlich wie die deutsche CDU sind auch die christdemokratischen Parteien in Belgien und den Niederlanden tief in der Gesellschaft verwurzelt. Noch

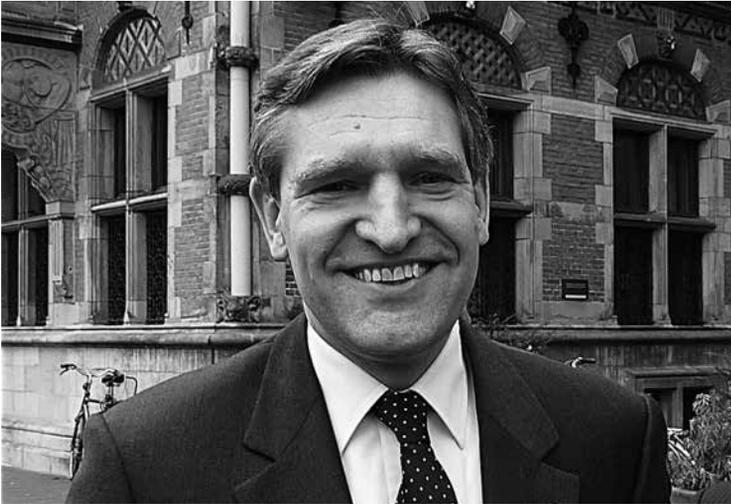
heute sind sie die jeweils mitgliedsstärksten Parteien in den Niederlanden bzw. in Flandern: Der CDA hat rund 65.000 Mitglieder, die CD&V etwa 75.000.¹

Seit dem Zweiten Weltkrieg waren sie die tonangebende politische Kraft in ihren Ländern. Darüber hinaus waren es gerade christdemokratische Politiker aus den Benelux-Ländern, die häufig eine tragende Rolle im europäischen Einigungs- und Integrationsprozess einnahmen und weitere Integrationsschritte anstießen, im Falle Belgiens beispielsweise Leo Tindemans, Wilfried Martens und Herman van Rompuy, im Falle der Niederlande Norbert Schmelzer oder Jan-Peter Balkenende.

Gerade christdemokratische Politiker aus den Benelux-Ländern waren es, die häufig eine tragende Rolle im europäischen Einigungs- und Integrationsprozess einnahmen und weitere Integrationsschritte anstießen.

Die christdemokratischen Parteien in beiden Ländern waren Teil der so genannten „Versäulung“ der niederländischen und der belgischen Gesellschaft entlang weltanschaulicher Linien: Bis spät in das 20. Jahrhundert hinein konnten Gesellschaft und Politik in den Niederlanden und zu hohem Grade auch in Belgien mit diesem vom niederländischen Politologen Arend Lijphart² geprägten Begriff umschrieben werden. In einem versäulten soziopolitischen System leben religiös und sozial definierte Gruppen in ihrem eigenen Kosmos mit eigenen gesellschaftlichen Organisationen. Parteizugehörigkeit und Wahlverhalten sind eng an die weltanschauliche Ausrichtung angelehnt. Das Leben spielte sich weitgehend innerhalb der jeweiligen Säule ab, die Parteien waren in der Gesellschaft mit verschiedenen Organisationen (Unternehmerverbänden, Volksbanken, Schulen, Krankenversicherungen), aber auch durch eigenen Rundfunk und eigene Presse fest verwurzelt. Insgesamt lässt sich in beiden Ländern zwischen einer sozialistischen, einer liberalen und einer christlichen Säule unterscheiden. In den Niederlanden war die christliche Säule lange konfessionell untergliedert. Seit den 1980er Jahren nimmt die Bindekraft der Säulen stetig ab, inzwischen kann man in beiden Ländern von weitgehend entsäulten Gesellschaften sprechen.

- 1 | Vgl. Steven Van Hecke: „Christlich-Demokratische Parteien in Belgien“, in: Karsten Grabow (Hrsg.), *Im Plenum – Christlich-demokratische Parteien in Westeuropa – Stand und Perspektiven*, Konrad-Adenauer-Stiftung, 2012, 49-62.
- 2 | Vgl. Arend Lijphart, *Verzuiling, pacificatie en kentering in de Nederlandse politiek*, De Bussy, Amsterdam, 1968.



Sybrand van Haersma Buma, der neue Vorsitzende des CDA, hat sich die Erneuerung der Partei auf die Fahnen geschrieben. | Quelle: pietplaat / flickr (CC BY-NC).

Der niederländische CDA entstand 1980 als Zusammenschluss dreier konfessioneller Parteien, der katholischen Katholieke Volkspartij (KVP) sowie der protestantischen Parteien Anti-Revolutionaire Partij (ARP) und Christelijk Historische Unie (CHU). Mithin konnte der CDA die interkonfessionelle Konfliktlinie überbrücken, die – länger und stärker als in Deutschland – eine prägende Trennlinie in der niederländischen Gesellschaft war. Bereits seit Mitte der 1960er Jahre hatte es eine enge Abstimmung zwischen KVP, ARP und CHU gegeben,³ wenngleich sie nicht immer gemeinsam einer Regierung beitraten. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren christlich orientierte Parteien im Verbund mit den Sozialdemokraten die prägenden Kräfte des politischen Systems: Von den bislang 16 Regierungschefs seit dem Zweiten Weltkrieg waren elf Christdemokraten. In den 32 Jahren seiner Existenz war der CDA insgesamt 24 Jahre an der Regierung beteiligt, in 22 Jahren stellte er selbst den Regierungschef. Dank seiner starken Verwurzelung in der Bevölkerung sowie in gesellschaftlichen Organisationen, aber auch im Mittelstand, war der CDA eine klassische Volkspartei und fester Bestandteil des niederländischen „Säulensystems“.

3 | Vgl. Paul Lucardie, „Der CDA in den Niederlanden“, in: Grabow (Hrsg.), Fn. 1.

Die niederländischen Christdemokraten sind besonders im traditionell katholisch geprägten Süden des Landes (Nord-Brabant, Limburg), in Teilen der gemischtkonfessionellen und ländlich geprägten Region Overijssel sowie in Friesland präsent. In den Großstädten und der dichtbesiedelten Randstad haben sie es traditionell schwer. Bei Kommunalwahlen erhält die Partei überproportional gute Ergebnisse.

Seit seiner Gründung lag der CDA zunächst regelmäßig über oder knapp unter der 30-Prozent-Marke. Die Parlamentswahlen 1994 bedeuteten aber einen schweren Einschnitt für die Partei. Die niederländischen Christdemokraten verloren nach 17 Jahren an der Regierung die Parlamentswahlen und fielen erstmals unter die 20-Prozent-Marke. Nach der Ausarbeitung eines neuen Programms und einem umfassenden Personalwechsel gelang es dem CDA acht Jahre später, wieder stärkste Partei zu werden und mit Jan-Peter Balkenende (2002-2010) den Regierungschef zu stellen. Die Kommunalwahlen 2010 deuteten jedoch einen schwindenden Rückhalt in der Bevölkerung an, mit knapp 15 Prozent der Stimmen landete der CDA nur auf dem dritten Platz hinter Sozialdemokraten und Rechtsliberalen. 2010 musste der CDA auch auf nationaler Ebene eine historische Niederlage hinnehmen: Die Partei erreichte nur 13,6 Prozent der Stimmen. Dennoch trat sie einer von der rechtspopulistischen PVV von Geert Wilders geduldeten Minderheitenkoalition unter dem rechtsliberalen Premier Mark Rutte bei. Dieser Schritt war innerparteilich höchst umstritten. Bei einem eigens einberufenen Parteitag in Arnhem im Oktober 2010 stimmten zwei Drittel der anwesenden Mitglieder für die Koalition. Die folgenden Monate wurden für den CDA zu einer Zerreißprobe: Einige langjährige Parteigrößen traten von ihren Ämtern zurück und attackierten – häufig öffentlich – den Parteikurs. Die Wahl zum Parteivorsitz im April 2011 wurde zu einer Kampfabstimmung über die künftige Richtung. Letztlich wurde mit Ruth Peetoom eine Vertreterin des PVV-kritischen Kurses gewählt. Seit dem Herbst 2011 wurden erste Schritte zum Umbau der Partei unternommen, ein so genannter Strategischer Rat sollte ein neues Grundsatzprogramm für den CDA erarbei-

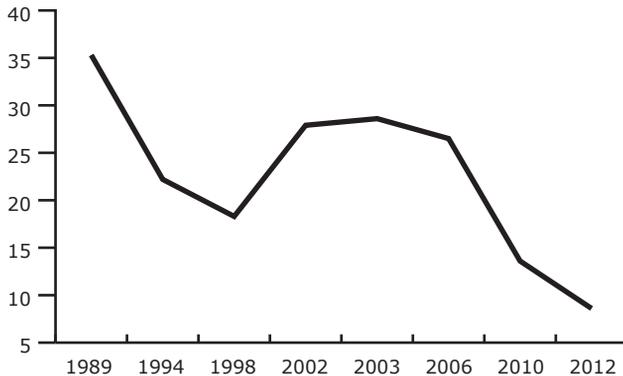
Mit Ruth Peetoom wurde eine Vertreterin des PVV-kritischen Kurses gewählt, die offen für eine inhaltliche und personelle Erneuerung der Partei eintrat.

ten. Im Januar 2012 wurde der erste Entwurf dieses Dokumentes für den künftigen Parteikurs vorgelegt.⁴

Mitten in den Erneuerungsprozess fielen nach dem überraschenden Regierungsaustritt der PVV die Neuwahlen 2012. Diese trafen den CDA völlig unvorbereitet. In kürzester Zeit musste ein Wahlprogramm erstellt und ein Spitzenkandidat gekürt werden. Der in einer Mitgliederabstimmung mit großem Vorsprung gewählte bisherige Fraktionsvorsitzende Sybrand van Haersma Buma konnte in der kurzen Zeit allerdings nicht mehr den Rückstand auf die länger amtierenden Parteiführer wie Premier Mark Rutte, Geert Wilders, den Sozialisten Emile Roemer oder den Sozialdemokraten Diederik Samsom aufholen. Die Partei erreichte bei den Parlamentswahlen am 12. September 2012 mit 8,6 Prozent der Stimmen und 13 Sitzen ihr mit Abstand schlechtestes Ergebnis. Auffallend war, wie schon bei den vorherigen Wahlen, das schwache Abschneiden der Partei in Großstädten: 2010 erreichte der CDA in keiner der größten Städte zehn Prozent, 2012 sogar nicht einmal fünf Prozent. Besonders ernüchternd ist auch das schwache Abschneiden bei der Unternehmerschaft.

Abb. 1

**Wahlergebnisse des CDA in den Niederlanden
(in Prozent)**



Quelle: Centraal Bureau voor de Statistiek (CBS).

4 | *Kiezen en verbinden, politieke visie vanuit het radicale midden*, CDA, 01/2012, http://cda.nl/Upload/2012_docs/rapport_SB.pdf [12.11.2012].

Ähnlich dominant wie der CDA waren lange Zeit auch die belgischen Christdemokraten. In den 67 Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg stellten sie 53 Jahre lang den Regierungschef. Ebenso wie der CDA ist die belgische christdemokratische Partei durch verschiedene Organisationen fest in der Gesellschaft und im Säulensystem verankert (Gewerkschaftsverband ACW, Sozialversicherungen, etc.). Ähnlich wie der CDA war auch die CD&V lange eine klassische Mittelstandspartei. Die flämischen Christdemokraten haben ihre Hochburgen in ländlichen Gebieten, vor allem in Westflandern und in der Provinz Limburg. Ebenso wie der CDA hat die Partei aber Schwierigkeiten in Großstädten. Kommunal ist die Partei fest verankert. Sie stellte 2006 mehr als die Hälfte aller Bürgermeister in Flandern.

Während sich in den Niederlanden christlich orientierte Parteien zu einer gemeinsamen Bewegung zusammenschlossen, gingen die belgischen Christdemokraten den umgekehrten Weg. In Folge des Sprachenstreits zwischen Wallonen und Flamen, der mit der Teilung der KU Leuven eskalierte, teilte sich die Christelijke Volkspartij-Parti Social Chrétien (CVP-PSC) 1972 in einen flämischen (CVP) und in einen wallonischen Flügel (PSC). Nach der Teilung bleibt die flämische CVP die größte Partei in Belgien und in Flandern, während der PSC in der ohnehin von den Sozialisten dominierten Wallonie relativ rasch nur noch dritte Kraft wurde. In den 1970er Jahren erlebten die flämischen Christdemokraten mit populären Persönlichkeiten wie Leo Tindemans und Wilfried Martens eine Blütezeit.

Ein entscheidender Einschnitt war für beide Parteien die Wahlschlappe 1999 und der erstmalige Ausschluss der Christdemokraten aus der Regierungsverantwortung. Sowohl CVP als auch PSC waren jeweils an einem historischen Tiefpunkt angelangt: der PSC verlor zwei seiner zwölf Sitze (von 150). Ihm wurde unter anderem das schlechte Management des Dutroux-Falls angelastet. Die CVP, der nach 25 Jahren an der Regierung das Attribut der „Machtspartei“ anhaftete, wurde Opfer der Wechselstimmung und verlor nahezu ein Viertel der Stimmen. Insgesamt sackten die christdemokratischen Kräfte von 41 auf 32 Mandate und lagen damit erstmals deutlich hinter den Liberalen (41) und den Sozialisten (33). Dies sorgte in beiden Parteien für eine schwere Identitätskrise: Bei der flämischen CVP

wurde unter dem neuen Vorsitzenden Stefaan de Clerck eine organisatorische wie ideologische Neuorientierung eingeleitet, die Partei änderte ihren Namen in CD&V (Christen-Democratisch en Vlaams). Damit stärkte sie ihr flämisches Profil und trat für deutlich mehr Rechte für die Regionen in Belgien ein. Zwischen 2004 und 2007 ging der CD&V ein wahltaktisches Kartell mit der kleinen flämisch-nationalistischen N-VA ein. Kurzfristig schien diese Strategie aufzugehen – die CD&V erhielt bei den Regionalwahlen

Die CD&V erhielt bei den Regionalwahlen 2004 und den Föderalwahlen 2007 in Flandern die meisten Stimmen und stellte fortan, zunächst 2004 in Flandern und ab 2007 auf Bundesebene, den Regierungschef.

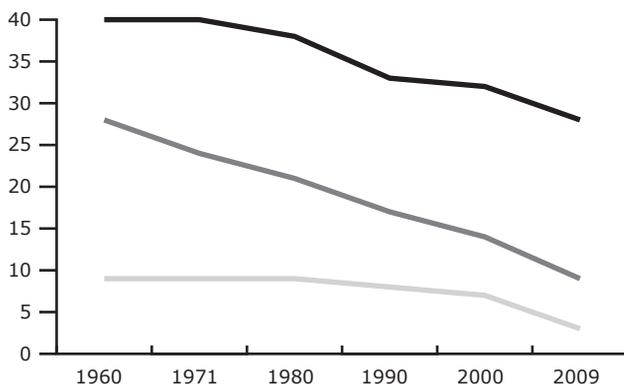
2004 und den Föderalwahlen 2007 in Flandern die meisten Stimmen und stellte fortan, zunächst 2004 in Flandern und ab 2007 auf Bundesebene, den Regierungschef. Im Nachhinein wurde dieses Bündnis der CD&V zum Verhängnis: Die CD&V war mit dem Versprechen einer umfassenden Staatsreform angetreten. Nach drei Jahre währenden Verhandlungen konnte aber kein Durchbruch erzielt werden. 2010 scheiterte die Regierung. Die von der politischen Elite und der Reformverweigerung der wallonischen Parteien frustrierten flämischen Wähler wechselten nun in Scharen zur N-VA, die bereits 2008 das Wahlkartell mit dem CD&V verlassen hatte. Bei den Wahlen 2010 erlitten die Christdemokraten ihr historisch bislang schlechtestes Resultat (in Flandern lediglich 17,6 Prozent der Stimmen), während die N-VA unter dem populären und medientauglichen Bart de Wever (28,6 Prozent) stärkste Partei wurde. Bei den Kommunalwahlen am 14. Oktober 2012 konnte die CD&V hingegen im Gegensatz zum CDA ihre führende Stellung trotz Verlusten behalten und den Abwärtstrend zumindest vorerst etwas abfedern. In 130 der 308 Kommunen ist die CD&V stärkste Partei. Auffällig ist aber auch hier das schwache Abschneiden in den Großstädten Antwerpen (fünf von 55 Sitzen) und Gent (vier von 51). Ebenso beunruhigend sind die schwachen Umfragewerte bei der Unternehmerschaft (September 2012: 13 Prozent).

Die Reaktion des PSC auf die Wahlniederlage von 1999 war radikal: Nach heftigen Debatten benannte die Partei sich 2002 unter ihrer neuen Vorsitzenden Joelle Milquet in Centre Démocrate Humaniste um (Demokratisch-humanistisches Zentrum, CDH). Damit strich die Partei explizit den Bezug zur Christdemokratie aus dem Parteinamen. Ziel war eine Öffnung gegenüber muslimischen und konfessionell ungebundenen Wählern. Nachdem jahrelang

Parteimitglieder Bemerkungen zu ihren religiösen Ansichten vermieden, bekannten sich zuletzt vereinzelt Mandatsträger wieder offener zu ihrem Glauben. Bisher hat der Verzicht auf das „C“ sich jedoch nicht ausgezahlt: In Brüssel konnte zwar der für christdemokratische Volksparteien typische Abstieg in großen Städten gebremst werden, insgesamt konnte sich die Partei jedoch nicht verbessern. Landesweit ist sie nur dritte oder vierte Kraft.

Abb. 2

Konfessionen in den Niederlanden (in Prozent)



- Reformiert (und protestantisch)
- Niederländisch-reformiert
- Katholisch

Quelle: CBS, <http://statline.cbs.nl/StatWeb/publication/?DM=SLN&L&PA=37944&D1=0-1,3-5&D2=a&HDR=T&STB=G1&CHARTTYPE=2&VW=T> [30.11.2012].

URSACHEN DER KRISE

Gesellschaftlicher Wandel

Eine der Hauptursachen ist die – schneller als in Deutschland voranschreitende – Entkirchlichung in beiden Ländern und damit einhergehend die Entsäulung der Gesellschaften: In den Niederlanden ging der Anteil der Katholiken von rund 40 Prozent (1971) auf 25 Prozent (2011) zurück, im selben Zeitraum fielen die beiden großen protestantischen Kirchen von 33 Prozent auf zwölf bis 13 Prozent (alle evangelischen Gruppierungen etwa 17 Prozent). In noch stärkerem Maße ging auch der regelmäßige Gottesdienstbesuch zurück.



Bei den Christdemokraten kann dem schlagfertigen Konkurrenten Bart de Wever (N-VA) kaum jemand Paroli bieten. | Quelle: David Cumps / flickr (CC BY-NC-ND).

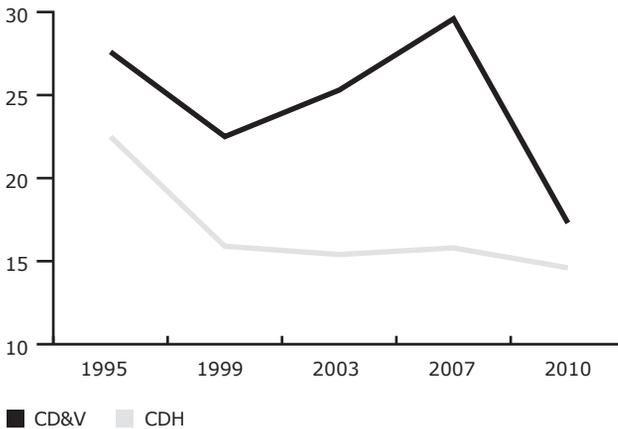
Etwas weniger dramatisch fällt der Rückgang auf den ersten Blick in Belgien aus. Noch immer sind fast Zweidrittel der Bevölkerung nominell katholisch, in Flandern liegt die Quote sogar noch etwas höher. Ein vielsagendes Bild ergibt sich jedoch auch hier aus der Kirchgangsstatistik: Selbst im traditionell katholisch geprägten Flandern erfüllen nur noch etwa sechs bis sieben Prozent der Bevölkerung die Sonntagspflicht. In der stärker sozialistisch oder freisinnig geprägten Wallonie war der Anteil der gläubigen Bevölkerung stets geringer ausgeprägt als in Flandern, der Prozess der Entkirchlichung in den letzten Jahrzehnten aber auch schwächer.

Angesichts der starken Bindung der Christdemokraten beider Länder an die christliche „Säule“ hat die Entkirchlichung die eigene Wählerbasis deutlich verkleinert. Gleichzeitig spielt die kirchliche Bindung für die Wahlentscheidung eine immer geringere Rolle. Stimmten 2002 und 2006 noch (je nach Konfession) 40 bis 55 Prozent der Christen für den CDA, waren es bei Wahlen zur Tweede Kamer 2010 nur noch etwas über ein Viertel und bei den Wahlen 2012 sogar nur 20 Prozent. Erstmals überhaupt landete der CDA bei den christlich gebundenen Wählern nicht mehr auf Platz 1 (sondern die rechtsliberale VVD). Besonders stark verlor

der CDA bei den Katholiken (2002-2006: 44-51 Prozent): 2012 stimmten nur noch 17 Prozent der katholischen Wähler für den CDA. Lediglich bei den regelmäßig praktizierenden Christen liegt der CDA vorne, er verlor aber auch hier deutlich.

Abb. 3

Wahlergebnisse von CD&V und CDH⁵ (in Prozent)



Quelle: Amtliches Endergebnis.

Bei den konfessionslosen Wählern hat der CDA nur unterdurchschnittlich und auch nur vorübergehend punkten können: Zwischen 2002 und 2006 stimmten elf bis 13 Prozent der Konfessionslosen für den CDA, 2010 nur noch drei Prozent, 2012 zwei Prozent. Erfolgreicher war das Werben um muslimische Wähler, doch nach der Zusammenarbeit mit der PVV hat der CDA auch hier verloren.

Ähnliche Tendenzen zeigen sich auch bei den flämischen Christdemokraten: 35 Prozent der regelmäßigen Kirchgänger stimmten 2010 für die CD&V (Wahlergebnis 17,6 Prozent), immerhin 27 Prozent der kirchennahen Wähler, aber nur neun Prozent der Konfessionslosen oder Freisinnigen.⁶ 2003 hatten aber noch 46 Prozent der regelmäßig Praktizierenden und 2007 gar 52 Prozent für den CD&V

5 | 2007 gemeinsam mit der N-VA. Die Zahlen beziehen sich auf die Ergebnisse in den jeweiligen Landesteilen.

6 | Koen Abts, Marc Swyngedouw und Jaak Billiet, „De structurele en culturele kenmerken van het stemgedrag in Vlaanderen“, *Centrum voor Sociologisch Onderzoek*, KU Leuven, Leuven, 2011.

gestimmt. Auffällig ist, dass die CD&V ihr Potenzial bei Anhängern anderer Religionen (in der Regel Muslime) deutlich steigern können und 2010 bei dieser Gruppe gut abschnitt. Noch 2003 hatte nur ein Prozent von Angehörigen einer anderen Religion für die CD&V gestimmt, 2010 waren es immerhin 21 Prozent. Der Erfolg der christdemokratischen Partei(en) bei kirchenfernen Wählern ist insgesamt begrenzt. Entsprechend trifft die Säkularisierung diese Parteien deutlich stärker als die christdemokratischen Parteien in anderen Ländern.

Konsequenz der Entsäulung ist eine wachsende Volatilität der Wählerschaft: Innerhalb nur weniger Jahre entstanden

in den Niederlanden und in Flandern politische Bewegungen, die nach einigen Jahren zwar häufig im Nichts verschwanden, zumindest aber zwischenzeitlich zu einem ernstesten Konkurrenten werden konnten. Keine einzige

Keine einzige niederländische Partei kann sich noch auf eine Stammwählerschaft von mehr als zehn Prozent verlassen.

niederländische Partei kann sich noch auf eine Stammwählerschaft von mehr als zehn Prozent verlassen. Das strikt proportionale Wahlrecht der Niederlande ohne jede Sperrklausel begünstigt zudem die Etablierung von Klemparteien. Das führt dazu, dass der politische Spielraum für den CDA sowohl von links wie von rechts begrenzt ist und sich die Partei einer immer stärker werdenden Konkurrenz stellen muss: Bei den praktizierenden Protestanten stellen die protestantischen Parteien ChristenUnie und SGP eine Konkurrenz dar, bei der bürgerlichen Wählerschaft die VVD, links von der Mitte die D66 und auch die Sozialdemokraten der PvdA.

Wandel der politischen Kultur und Elitenfeindlichkeit

Zwei weitere Aspekte beschleunigten in den letzten 20 Jahren den Abstieg der Christdemokraten: der Wandel der politischen Kultur und eine wachsende Unzufriedenheit mit der politischen Elite. Beide Parteien profitierten zwar lange von einem Regierungsbonus und galten als zuverlässige Verwalter (*bestuurderspartij*). Zeitweise konnten sie damit die durch die Entsäulung erzeugten Verluste kompensieren. Sobald aber diese Elite bei der Bewältigung zentraler Herausforderungen versagte, wandelte sich der Regierungsbonus zu einer Bürde.

Die niederländischen Christdemokraten litten unter beiden Phänomenen: Große Teile der Bevölkerung trugen zuerst den multikulturellen und später den proeuropäischen Konsens der politischen Eliten (zu der auch der CDA gehört) nicht mehr mit. Dies führte zur Entstehung oder zum Erstarren rechtspopulistischer Bewegungen wie der Lijst Pim Fortuyn oder der PVV von Geert Wilders. Fortuyn, Wilders oder der Sozialistenführer Jan Marijnissen punkteten mit populistischen Diskursen und offen demonstrierter Elitenfeindlichkeit. Den niederländischen Christdemokraten wurde eine „Arroganz der Macht“ attestiert.

Große Teile der Bevölkerung trugen zuerst den multikulturellen und später den proeuropäischen Konsens der politischen Eliten nicht mehr mit. Dies führte zur Entstehung oder zum Erstarren rechtspopulistischer Bewegungen.

Insgesamt änderte sich der Ton der politischen Debatte: Bis Ende der 1990er Jahre waren politische Diskussionen unter den konsensorientierten politischen Kräften meist sachorientiert – mit dem Aufstieg von Rechts- oder Linkspopulisten wurde der Ton deutlich polarisierender. Gleichzeitig nahm die Mediatisierung der Politik zu: telegene Führungspersonlichkeiten haben nun eine deutlich stärkere Wirkung. Ein Beispiel dafür ist die Wahl 2012: vier Wochen vor der Wahl drohte den Sozialdemokraten ein Ergebnis von ca. elf bis zwölf Prozent. Dank einiger gelungener TV-Debatten des Parteiführers Diederik Samsom gelang es ihnen aber, den Stimmenanteil in kürzester Zeit zu verdoppeln. Noch haben die Christdemokraten Schwierigkeiten, sich auf diese veränderten Rahmenbedingungen einzustellen: Bisher gelang es weder, die PVV im politischen Diskurs in die Schranken zu weisen, noch sich auf die verstärkte Mediatisierung des Wahlkampfes einzustellen. Die langjährige Regierungsbeteiligung hat allerdings auch zahlreiche Persönlichkeiten abgenutzt, die es nun nicht mehr mit den populären Rutte, Wilders oder Samsom aufnehmen können.

In Flandern hingegen wurde den Christdemokraten der jahrelange Stillstand bei den Mühen um eine Staatsreform zum Verhängnis: Die CD&V war nach ihrer Rückkehr an die Regierung 2007 als größte flämische Volkspartei mit dem klaren Anspruch angetreten, eine umfassende Staatsreform durchzuführen und dabei ein gutes Ergebnis für Flandern zu erzielen, d.h. mehr Kompetenzen und weniger Transfers in den Süden des Landes. Letztlich scheiterte dies

jedoch nach hartnäckigem Widerstand der Sozialisten und der EVP-Schwesterpartei CDH. Die enttäuschten Wähler verlor die CD&V vor allem an die N-VA: 2010 gaben immerhin 40 Prozent der N-VA-Wähler an, dass die Frage der Staatsreform ein entscheidender Wahlgrund gewesen sei. Bart de Wever, obgleich sicher nicht als klassischer Populist zu bezeichnen, punktet zudem auch durch sein ständiges Attackieren der in Flandern inzwischen unbeliebten Brüsseler Elite.

Die CD&V wird häufig als integraler Bestandteil einer politischen Elite verstanden, die bei einer zentralen Frage in den Augen vieler Wähler (bislang) versagt hat.

Letztlich gereichte es der CD&V zum Nachteil, als Partei der Macht identifiziert zu werden: Zwar werden ihr häufig eine hohe Sachkompetenz und fähiges Personal auf allen Ebenen zugeschrieben, jedoch wird sie als integraler Bestandteil einer politischen Elite verstanden, die bei einer zentralen Frage in den Augen vieler Wähler (bislang) versagt hat. Auch für die belgischen Christdemokraten gilt, dass die turbulente Regierungszeit mehrere Persönlichkeiten der Partei vorerst verschlissen hat, so dass es kaum noch jemanden gibt, der dem schlagfertigen Bart de Wever Paroli bieten kann.

Innerparteiliche Probleme, programmatische Unbestimmtheit

Die Ursachen für die Entwicklung sind aber auch bei den Parteien selbst zu suchen. In einer Analyse zur Wahlniederlage des CDA 2010 verweist der ehemalige Gouverneur von Limburg, Leon Frissen, auf die Entfremdung der Parteispitze von der Wählerschaft.⁷ An der Parteispitze habe sich eine Arroganz der Macht ausgebreitet, die ein entscheidender Faktor bei den Wahlniederlagen von 1994 und 2010 gewesen sei. Die CDA-Fraktion sei ihrer Funktion als Volksvertreter nur unzureichend nachgekommen, Parteistrukturen seien nicht den politischen Entwicklungen angepasst worden, die Partei habe den Anschluss an das veränderte gesellschaftliche Umfeld verpasst.

Zudem wird der Partei ein unklares programmatisches Profil vorgeworfen: So beklagte der Bericht das Fehlen einer parteiinternen konstruktiven Debatte und der Bereitschaft,

7 | Leon Frissen, *Verder na de klap – evaluatie en perspectief*, CDA, 11/2010, <http://cda.nl/Upload/verder%20na%20de%20klap.pdf> [12.11.2012].

umstrittene Themen zu diskutieren. Dadurch habe man populistischen Kräften die Deutungshoheit über kontroverse Politikinhalt überlassen.

Als wenig hilfreich hat sich auch das Rütteln an Kernmerkmalen der Partei erwiesen: So haben zwischenzeitliche Änderungen im europapolitischen Kurs der traditionell proeuropäischen Partei die eigenen Wähler irritiert. Auch die Zusammenarbeit mit der PVV schreckte einige vormalige Wähler ab: In den Augen vieler Anhänger hatte der CDA, der stets für eine Offenheit gegenüber der Religion im öffentlichen Raum eingetreten war, durch die Zusammenarbeit mit der islamfeindlichen Partei an Glaubwürdigkeit verloren. Bei den Wahlen 2012 war zahlreichen Wählern unklar, wofür die Partei steht. Das noch in Arbeit befindliche Grundsatzprogramm konnte bislang logischerweise wenig Orientierung bieten.

Zwischenzeitliche Änderungen im europapolitischen Kurs des traditionell proeuropäischen CDA haben die Anhänger irritiert. Auch die Zusammenarbeit mit der PVV schreckte einige vormalige Wähler ab.

Schwer wog die öffentlich ausgetragene innerparteiliche Selbsterfleischung nach Beginn der Zusammenarbeit mit der PVV. Überwunden geglaubte Konflikte zwischen Befürwortern eines christlich-sozialen und eines liberal-konservativen Kurses brachen immer wieder auf, unterschwellig schien selbst die Rivalität zwischen Katholiken und Protestanten in der Partei fortzubestehen. Erst Anfang 2012 beruhigten sich langsam die Richtungsdebatten innerhalb der Partei, letztlich aber zu spät, um noch vor den Wahlen einen positiven Diskurs zu schaffen.

Inhaltliche Unschärfe wird auch den flämischen Christdemokraten vorgeworfen: Die CD&V hat durch das Zusammengehen mit der N-VA auf die flämisch-regionalistische Karte gesetzt, demgegenüber aber bei anderen Themen ihr Profil vernachlässigt. Womöglich hat die CD&V auch deswegen ihre dominierende Stellung im bürgerlichen Wählerlager inzwischen an die N-VA abtreten müssen, die sich nun auch (unter regelmäßigem Verweis auf das Vorbild Deutschland) als klassisch liberal-konservative, unternehmerfreundliche Kraft geriert.

Auch der CD&V wurde nach der jüngsten Wahlniederlage vorgeworfen, eindeutige Festlegungen vermieden zu haben, um keine potenziellen Wähler zu verschrecken.

In der CD&V herrschte die Angst, Wählergruppen durch zu harte Positionierungen zu verprellen und kurz vor den Kommunalwahlen durch Programmdiskussionen ein Bild der Zerstrittenheit zu vermitteln.

Wie auch der CDA griffen die flämischen Christdemokraten das sehr vage *Big-Society*-Konzept einer inklusiven Gesellschaft als Leitmotiv auf. Eine inhaltlich tiefgreifende Grundsatzdiskussion fand nicht zuletzt durch die Absorption politischer Kräfte durch die anderthalbjährigen Regierungsverhandlungen seit 2010 aber nicht statt. Vielmehr herrschte bei der Partei die Angst, Wählergruppen durch zu harte Positionierungen zu verprellen und kurz vor den Kommunalwahlen durch Programmdiskussionen ein Bild der Zerstrittenheit zu vermitteln. Mehrere Parteimitglieder warben für eine ausführliche Richtungsdebatte nach den Kommunalwahlen. Selbst der Parteivorsitzende Wouter Beke deutete in einem Interview an, dass die Partei die künftige Ausrichtung diskutieren werde. Der Partei gelang es zumindest, trotz einer durch die lange Regierungsbildung sehr angespannten innenpolitischen Lage⁸ und harter innerparteilicher Debatten nach außen Geschlossenheit zu wahren.

Die Konturenlosigkeit, die sowohl dem CDA als auch der CD&V unterstellt wird, ist letztlich auch eine Folge der langjährigen Regierungsbeteiligung. In Koalitionen mit anderen Parteien müssen regelmäßig Kompromisse eingegangen werden. Dies gilt besonders für die CD&V, die auf föderaler Ebene in Folge der Besonderheiten des belgischen politischen Systems mit vier bis fünf anderen Parteien unterschiedlichster ideologischer Stoßrichtung zusammenarbeiten und schmerzhaft Kompromisse eingehen muss: Seit 2011 ist die Partei in einer Koalition, in der die auf Besitzstandswahrung ausgerichteten wallonischen Sozialisten den Premier stellen. Entsprechend schwierig ist es, sich gegen die N-VA als Hüter der Interessen der flämischen Unternehmerschaft zu positionieren.

VERSUCHE ZUR AUFARBEITUNG DER NIEDERLAGEN

Der CDA hat unmittelbar nach der Wahlniederlage und dem parteiinternen Streit um die Regierungsbeteiligung mit der Aufarbeitung begonnen: Seit 2011 versucht die Partei, sich strukturell, personell und programmatisch zu erneuern. Als Vorbild dient die Reform der Partei nach der Schlappe

8 | Olaf Wientzek, „Neue Regierung in Belgien im Zeichen der Krise“, KAS Länderbericht, 12/2011.

von 1994: acht Jahre später ging der CDA gestärkt aus der Krise hervor und gelangte zurück an die Macht.

Zunächst folgte eine personelle Erneuerung: Nach den Wahlen 2012 gibt es kaum noch jemanden in der Parteiführung, der 2010 mit Balkenende in den Wahlkampf ging. Der Parteivorsitz wurde ausgetauscht, von den 41 Abgeordneten, die der CDA 2010 in der Tweede Kamer stellte, waren 2012 nur noch sechs übrig. Durch die personelle Erneuerung in der Fraktion verlor der CDA in zu starkem Maße erfahrene Politiker. Seit Juni 2012 gibt es mit Sybrand van Haersma Buma einen neuen Parteiführer. Mit der Pastorin Ruth Peetoom wurde in Kampfabstimmung im April 2011 eine Parteivorsitzende gewählt, die sich die Reform der Parteistrukturen auf die Fahnen geschrieben hat. Zudem wurde die innerparteiliche Demokratie gestärkt. Sowohl Peetoom als auch Buma wurden in einer Urwahl gewählt. Die (unabhängige) Jugendbewegung G500 wurde nicht nur zum Parteitag eingeladen, sondern nahm auch an den Diskussionen um die programmatische Ausrichtung der Partei teil. Damit soll die Partei für jüngere Wähler wieder attraktiver werden.

Die innerparteiliche Demokratie wurde gestärkt. Sowohl Peetoom als auch Buma wurden in einer Urwahl gewählt. Die Jugendbewegung G500 nahm an den Diskussionen um die programmatische Ausrichtung der Partei teil.

Das neue Grundsatzprogramm,⁹ das bereits in seinem Titel (Wählen und verbinden, radikale Mitte) einen Links- oder Rechtskurs ablehnt, soll für die kommenden zehn bis 15 Jahre als Richtschnur für die Partei dienen. Darin bekennt sich die Partei klar zu einem proeuropäischen Kurs, spricht sich für eine aktive Integrationspolitik und eine positive Haltung zur Religion im öffentlichen Raum aus und grenzt sich sowohl vom Materialismus der VVD als auch vom Populismus der SP und der PVV ab.

Der CD&V hat diese Debatte wohl noch vor sich, wenn gleich im vergangenen Jahrzehnt immer wieder Reizpunkte gesetzt wurden: Unter anderen wurde kurzzeitig versucht, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft wieder mit neuem Leben zu füllen. Unklar ist noch, wie die Partei sich bei kontroversen Themen wie der Zukunft des Landes (viele in der Partei fordern deutlich mehr Zuständigkeiten für Flandern), der Wirtschaftspolitik (Interessen der Unter-

nehmerschaft versus starker Gewerkschaftsflügel) sowie Migration und Asyl aufstellen wird.

Mit Interesse wird zu verfolgen sein, wie die Parteien in Zukunft das C interpretieren werden. Insbesondere beim CDA steht eine Streichung des christlichen Bezuges trotz der Entkirchlichung nicht zur Debatte. Jedoch wird derzeit kontrovers diskutiert in welchem Maße das christliche Element betont werden muss und wie die im „C“ enthaltenen Werte in die Parteiprogrammatik miteinfließen können.

AUSBLICK

Der CDA hat nach diesen Tiefschlägen nun in der Opposition die Gelegenheit, sich in Ruhe zu erneuern und sein Profil zu schärfen. Nur wenn dies ohne zermürbende, öffentlich ausgetragene Flügelkämpfe erfolgt, kann die Partei trotz schwieriger gesellschaftlicher Bedingungen gestärkt aus dieser Zeit hervorgehen.¹⁰

Der CD&V, dem bisher trotz aller Verluste das bittere Los des CDA erspart blieb, hat bis zum Superwahljahr 2014 (Europa, Föderal- und Regionalwahlen) zwei sehr schwierige Jahre vor sich: In einer Sechsparteienregierung unter Führung eines wallonischen Sozialisten muss die Partei eine Reformbilanz vorlegen, welche die skeptisch gewordenen flämischen Wähler überzeugt.

Mittelfristig gilt: Das Schwinden der Stammwählerschaft und die Entsäulung der Gesellschaften beider Länder wird die Mediatisierung und Personalisierung des Wahlkampfes weiter verstärken. Medienwirksame Führungsfiguren können wahlentscheidend sein. Dennoch können auch sie den durch gesellschaftliche Veränderungen verursachten Schwund der Stammwählerschaft nur zeitlich begrenzt auffangen. Das Attribut, „Machtpartei“ zu sein, verliert nach einigen Jahren seine Wirkung und ist dann häufig negativ besetzt.

Die Verwurzelung in den gesellschaftlichen Organisationen bleibt dennoch für beide Parteien wichtig, wenngleich neue Formen der Teilnahme bedacht werden müssen. Dennoch

10 | Siehe auch *Rapport commissie Rombouts. Om eenheid en inhoud*, 27.10.2012, http://cda.nl/Upload/2012_docs/Om_eeheid_en_inhoud-Digitaal_01.pdf [30.11.2012].

wird dies allein, verbunden mit der Stärkung der innerparteilichen Mitbestimmung, nicht genügen, um verlorenes Terrain wiederzugewinnen.

Das C sollte nicht zur Diskussion stehen: Dem CDH hat der Verzicht auf den christdemokratischen Charakter bislang nicht zum Vorteil gereicht. Letztlich ist es auch der christliche Markenkern, der den Parteien ideellen Rückhalt und ein klares Unterscheidungsmerkmal zu anderen politischen Kräften liefert. Der CDH hingegen sucht derzeit händeringend nach einem neuen Image, um sich von Rechtsliberalen, Sozialisten und Grünen abzugrenzen. Das Spektrum der C-Parteien darf sich jedoch nicht mehr allein auf das C beschränken, wenn sie noch Volksparteien sein wollen. Die Wiedererlangung der Deutungshoheit bei wirtschafts- und innenpolitischen Themen ist von zentraler Bedeutung. Nur mit einer stimmigen Wirtschafts- und Sozialpolitik kann der Mittelstand, Rückgrat einer Volkspartei, zurückgewonnen werden.

Das Spektrum der C-Parteien darf sich nicht mehr allein auf das „C“ beschränken. Die Wiedererlangung der Deutungshoheit bei wirtschafts- und innenpolitischen Themen ist von zentraler Bedeutung.

Die Anfang der 2000er Jahre gestarteten Bemühungen um muslimische Wähler können für andere christdemokratische Parteien beispielhaft sein. Wichtig wird es nun sein, kirchenferne, aber bürgerliche und wertorientierte Wähler zu gewinnen. Gleichwohl darf das Buhlen um neue Wählergruppen nicht zu einer Kampagne der Beliebigkeit führen, deren Ziel es ist, nur keine gesellschaftliche Gruppe vor den Kopf zu stoßen. Parolen, die eine inklusive Gesellschaft bewerben, sind allein nicht ausreichend.

Eine lang anhaltende Krise oder gar ein Verschwinden der christdemokratischen Parteien in Belgien und den Niederlanden würde den Europäischen Integrationsprozess schwer treffen: In den vergangenen Jahrzehnten haben Politiker beider Parteien eine entscheidende Rolle auf europäischer Ebene gespielt und sich zudem als zuverlässiger Partner Deutschlands erwiesen.

Die Übertragbarkeit der Beispiele von CDA und CD&V auf andere christdemokratische Parteien ist sicher nur begrenzt möglich: Belgien ist durch seine geteilte politische Landschaft in vielerlei Hinsicht ein Sonderfall. Das Fehlen einer Fünf-Prozent-Hürde im niederländischen Wahlsystem

setzt wiederum den CDA in eine völlig andere Konkurrenzsituation als etwa die CDU. Dennoch können aus der Entwicklung von CD&V und CDA verschiedene Lehren für andere christdemokratische Parteien gezogen werden: Säkularisierung, eine verstärkte Volatilität der Wähler, vor allem aber die schwindende Wählerschaft in großen Städten betreffen zunehmend auch andere christdemokratische Parteien. Die meisten christdemokratischen Parteien in Europa sind ebenfalls „Parteien der Macht“, die Gefahr einer zu starken Entkopplung von der Partei- und Wählerbasis kann auch sie betreffen. CDA und CD&V können in vielerlei Hinsicht als warnende Beispiele dienen. Nicht weniger aufmerksam sollten christdemokratische Parteien aber auch die Bemühungen um neue Wählerschichten, mehr parteiinterne Demokratie und die Schärfung des inhaltlichen Profils verfolgen.